

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

Weltproblem Nummer 1 ist der bedrohliche Anstieg der Weltbevölkerung. Er gefährdet die natürlichen Lebensgrundlagen und den Frieden, sowie das Überleben der Menschheit überhaupt. Wege aus der Krise zeigt im Vorfeld der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo (5. bis 13. September '94) **Prof. Dr. Uwe Holtz MdB.**

Seite 1

Nach den Parlamentswahlen in Mexiko: Die innere Demokratisierung des Landes muß erst noch folgen, fordert **Margitta Terborg MdB.**

Seite 6

49. Jahrgang / 162

24. August 1994

### Die Bevölkerungsbombe entschärfen

Die Proletarisierung ganzer Weltregionen muß gestoppt werden

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

#### Bevölkerungswachstum als Entwicklungshindernis

1. Hohes Bevölkerungswachstum behindert Entwicklung. Es verstärkt Armut, fördert Migration, schädigt die natürliche Umwelt. Oft wird wirtschaftliches Wachstum gebremst, Arbeitslosigkeit wächst, Verstädterung und Verstumung nehmen zu. Die Bevölkerungsentwicklung darf deshalb nicht losgelöst von wirtschaftlichen, politischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Faktoren gesehen und behandelt werden. Umgekehrt sind aber auch Armut und Unterentwicklung - im Sinne von Bildungs- und Ausbildungsmangel, geringer wirtschaftlicher Produktivität, fehlenden politischen, sozialen und rechtlichen Infrastrukturen - Ursachen für hohes Bevölkerungswachstum.

#### Politik des gemeinsamen Willens

2. Das hohe Bevölkerungswachstum im Süden stellt nicht nur für viele Entwicklungsländer, sondern für die Menschheit insgesamt eine gefährliche Herausforderung dar. Die Antwort auf die Frage, wieviel Menschen die Erde trägt und wieviel davon ein Leben in Würde leben können, darf nicht erst von der rauhen, sich weiter verschlechternden Wirklichkeit gegeben werden. Dann wird es vermutlich zu spät sein. Entwicklungspolitik muß deshalb vorallem präventiv sein. Präventive Politik erwartet nicht Mißstände, sondern schaut voraus, löst heute noch Unsichtbares, damit es morgen nicht sichtbar werde. Weil es aber um - teilweise noch - Unsichtbares bei der Prävention geht, fehlt häufig die Einsicht in die Notwendigkeit gegenzusteuern.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kreisfreie Zeitung  
mit wertvoller Beilage  
Recycling-Papier



3. Nach allem, was wir heute wissen, fehlen uns die ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Mittel, alle Menschen bei weiterer rapider Bevölkerungszunahme mit Brot und Arbeit, einem Dach über dem Kopf und gesunder Umwelt zu versorgen. Denn, was bei fünfeinhalb Milliarden Menschen noch nicht gelungen ist, nämlich allen ein menschenwürdiges Dasein zu sichern oder zumindest die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, wird bei wachsenden Bevölkerungen noch weniger gelingen. Die Tendenz zur Proletarisierung ganzer Weltregionen nimmt zu. Das Bevölkerungswachstum wird die Probleme in den Entwicklungsländern verschärfen und die Nord-Süd-Kluft vertiefen. Niemand ist gut beraten, auf die Träumer zu setzen, die auf Revolutionen in Wissenschaft und Technik warten, mit denen dann die Lösungen der großen Entwicklungs- und Umweltprobleme eintreten. Es sind in erster Linie weniger Fragen fehlender Technologien (zur Sicherung der Welternährung beispielsweise) als vielmehr Fragen verantwortungsvoller Politik, die im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum rasch und wirkungsvoll beantwortet werden müssen.

4. Die Crux ist: Es gibt - trotz Rio-Konferenz und Agenda 21 - bisher keine wirklich gemeinsame vorausschauende, globale, regionale und nationale Interessen verschmelzende Weltinnenpolitik, die über alle Realpolitik hinaus echte gemeinsame Menschheits- und Menschlichkeitsinteressen, orientiert am Prinzip der internationalen und intergenerationalen Gerechtigkeit und Solidarität, tatsächlich auch vertritt. Das Denken in nationalstaatlichen Interessenkategorien verhindert zu häufig den Blick auf die gemeinsamen Interessen der Menschheit. Es sind oft partielle Interessen politischer, religiöser oder wirtschaftlicher Natur, die zur Verschiebung der erforderlichen globalen Lösungen oder Lösungsversuche führen bzw. im Halbherzigen landen.

5. Die Weltbevölkerungskonferenz in Kairo könnte durch die Einigung auf einen gemeinsamen Weltaktionsplan in Bevölkerungsfragen zumindest ein Element eines menschheitlichen Willens zum Ausdruck bringen und zeigen, daß sie die Kraft zur Gemeinsamkeit hat. Es wäre fatal, wenn die Konferenz zu einem bloßen ideologischen Schlagabtausch kultureller oder religiöser Interessen geriete, wie es sich jetzt im Vorfeld schon gezeigt hat.

#### Das Tempo des Wachstums

6. Auch wenn in jüngster Zeit von einer "Revolution des Fortpflanzungsverhaltens" in den Entwicklungsländern zu lesen war, reichen die verzeichneten Geburtenrückgänge in Mexiko, Pakistan oder Kenia beispielsweise nicht aus, um die Bevölkerungslawine aufzuhalten. (Im übrigen wächst Kenias Bevölkerung ungeachtet des festzustellenden Geburtenrückgangs immer noch so schnell, daß sie sich nach UNO-Schätzungen in 19 Jahren verdoppeln wird). Die Zuwachszahlen der Bevölkerung in einer Reihe von Ländern sind gewaltig. Ändert sich nichts, dann wird nach Berechnungen der Vereinten Nationen beispielsweise Indien in 34 Jahren zweimal so viele Einwohner haben wie heute (derzeit 914 Millionen). Die 1,2 Milliarden Chinesen werden sich in 60 Jahren verdoppelt haben. Insbesondere die Armutsregionen der Welt wie Schwarzafrika haben mit einem rasanten Anwachsen ihrer Bevölkerungen zu kämpfen.

#### Perspektiven des Wachstums

7. Überwiegend wird aber davon ausgegangen, daß sich die Weltbevölkerung in den nächsten 40 Jahren bei derzeitigen Bedingungen auf über 10 Milliarden Menschen verdoppeln wird. Bis zum Jahre 2020 werden 8 Milliarden Menschen erwartet. Dadurch wird deutlich:

- die Weltbevölkerung wird im 21. Jahrhundert nach heutigen Bedingungen auf eine problematische, den Frieden und die natürlichen Lebensgrundlagen weltweit gefährdende Größenordnung anwachsen,
- Bevölkerungswachstum hat globale Auswirkungen, ist aber von regionalen Unterschieden geprägt,
- Hauptursachen für hohes Bevölkerungswachstum sind Armut, wirtschaftliche und soziale Unterentwicklung sowie diese begünstigende politische Rahmenbedingungen.

### Integrierte Strategie

8. Um die Bevölkerungsbombe zu entschärfen, ist eine integrierte, d.h. eine in einen größeren Ursachen-, Wirkungs- und Maßnahmenzusammenhang gestellte, Armut und Unterentwicklung einbeziehende Bevölkerungspolitik gefordert. Sie bedarf sowohl einer globalen Ausrichtung als auch einer regionalen Anpassung. Sie muß international abgestimmt und koordiniert sein, erheblich mehr Mittel zur Verfügung stellen und bessere Programme und nachhaltige Maßnahmen fördern. Bevölkerungspolitische Maßnahmen im engen Sinne, wie etwa Familienplanung, müssen einerseits am Prinzip der Freiwilligkeit orientiert sein; andererseits darf eine unheilige Allianz von Papst und Teilen des Islam nicht länger eine über die natürliche Empfängnisverhütung hinausgehende Familienplanung blockieren. Insgesamt muß Bevölkerungspolitik Teil einer Gesamtstrategie zur Herstellung einer auf Dauer tragfähigen, wirtschaftlich produktiven, sozial gerechten, ökologisch verträglichen und menschenwürdigen Entwicklung sein.

### Bildung und Aufklärung, Frauen und Gesundheit

9. Im Rahmen einer nachhaltigen Bevölkerungspolitik spielen Bildungs- und Aufklärungsaspekte eine wichtige Rolle. Die Umwelt- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen in Rio 1992 hat dementsprechend in ihrer Agenda 21 eine "verstärkte Bewußtmachung der Wechselwirkung zwischen Bevölkerungsentwicklung und nachhaltiger Entwicklung" als ein wichtiges Instrument bei der Eindämmung des Bevölkerungswachstums bezeichnet.

10. Der Bildungs-, Ausbildungs und Aufklärungsgrad beeinflußt das Bevölkerungswachstum. Länder mit hohen Alphabetisierungsraten weisen in der Regel ein niedrigeres Bevölkerungswachstum als bildungsschwache Länder auf. Deshalb sind verstärkte Investitionen in Bildung- und Ausbildung in Entwicklungsländern sowie der Zugang zu Informationen und Methoden der Schwangerschaftsverhütung und Gesundheitsvorsorge wirkungsvolle Beiträge zur Geburtenverminderung. Insbesondere muß die Rolle der Frauen durch Ausweitung und Sicherung ihrer Rechte, durch besseren Zugang zu Bildung und Beschäftigung gestärkt werden.

### Verantwortung der Entwicklungs- und Industrieländer

11. Entwicklungsländer und Industrieländer müssen in ihrer Verantwortung für globale menschliche Sicherheit und nachhaltige Entwicklung eine gemeinsame tragfähige Strategie gegen zu hohes Bevölkerungswachstum entwickeln. Die Forderungen der Rio-Konferenz sollten dabei besondere Berücksichtigung finden. Der Kairoer Weltaktionsplan zur Bevölkerungspolitik sollte die in der Agenda 21 formulierten (leider sehr rudimentären) bevölkerungspolitischen Programmbereiche aufgreifen, weiterentwickeln und konkret ausfüllen. Dadurch kann am ehesten sichergestellt werden, daß sich die aus den Kairoer Beschlüssen ergebenden zukünftigen Maßnahmen der Bevölkerungspolitik in die umwelt- und entwicklungspolitische Gesamtdramaturgie der Agenda 21 einfügen. Diese Bereiche sind:

- Ermittlung und Transfer von Kenntnissen über die Zusammenhänge zwischen Bevölkerungswachstum und nachhaltiger Entwicklung;
- Formulierung integrierter nationaler umwelt- und entwicklungspolitischer Maßnahmen;
- Durchführung integrierter Umwelt- und Entwicklungsprogramme auf lokaler Ebene.

12. Insgesamt sollte die internationale Zusammenarbeit, insbesondere mit Entwicklungsländern, bei der Erforschung bevölkerungspolitisch wirksamer Maßnahmen und Technologien verstärkt werden.

### Entwicklungsländer

13. Die Entwicklungsländer müssen ihren eigenen Beitrag bei der Bekämpfung von zu hohem Bevölkerungswachstum leisten. Dazu sind Anstrengungen zur Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen notwendig, etwa die Einführung von sozialen Sicherungssystemen, aber auch freiwillige Einstellungsänderungen, z.B. die Akzeptanz gegenüber Familienplanungsprogrammen oder die Sicherung der Grundrechte von Frauen, erforderlich - möglicherweise überhaupt durch freiwillige Abkehr von entwicklungshemmenden tradierten Verhaltens-

3. Nach allem, was wir heute wissen, fehlen uns die ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Mittel, alle Menschen bei weiterer rapider Bevölkerungszunahme mit Brot und Arbeit, einem Dach über dem Kopf und gesunder Umwelt zu versorgen. Denn, was bei fünfzehn Milliarden Menschen noch nicht gelungen ist, nämlich allen ein menschenwürdiges Dasein zu sichern oder zumindest die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, wird bei wachsenden Bevölkerungen noch weniger gelingen. Die Tendenz zur Proletarisierung ganzer Weltregionen nimmt zu. Das Bevölkerungswachstum wird die Probleme in den Entwicklungsländern verschärfen und die Nord-Süd-Kluft vertiefen. Niemand ist gut beraten, auf die Träumer zu setzen, die auf Revolutionen in Wissenschaft und Technik warten, mit denen dann die Lösungen der großen Entwicklungs- und Umweltprobleme eintreten. Es sind in erster Linie weniger Fragen fehlender Technologien (zur Sicherung der Welt Ernährung beispielsweise) als vielmehr Fragen verantwortungsvoller Politik, die im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum rasch und wirkungsvoll beantwortet werden müssen.

4. Die Crux ist: Es gibt - trotz Rio-Konferenz und Agenda 21 - bisher keine wirklich gemeinsame vorausschauende, globale, regionale und nationale Interessen verschmelzende Weltinnenpolitik, die über alle Realpolitik hinaus echte gemeinsame Menschheits- und Menschlichkeitsinteressen, orientiert am Prinzip der internationalen und intergenerationellen Gerechtigkeit und Solidarität, tatsächlich auch vertritt. Das Denken in nationalstaatlichen Interessenkategorien verhindert zu häufig den Blick auf die gemeinsamen Interessen der Menschheit. Es sind oft partielle Interessen politischer, religiöser oder wirtschaftlicher Natur, die zur Verschiebung der erforderlicher globalen Lösungen oder Lösungsversuche führen bzw. im Halberzigen landen.

5. Die Weltbevölkerungskonferenz in Kairo könnte durch die Einigung auf einen gemeinsamen Weltaktionsplan in Bevölkerungsfragen zumindest ein Element eines menschheitlichen Willens zum Ausdruck bringen und zeigen, daß sie die Kraft zur Gemeinsamkeit hat. Es wäre fatal, wenn die Konferenz zu einem bloßen ideologischen Schlagabtausch kultureller oder religiöser Interessen geriete, wie es sich jetzt im Vorfeld schon gezeigt hat.

#### Das Tempo des Wachstums

6. Auch wenn in jüngster Zeit von einer "Revolution des Fortpflanzungsverhaltens" in den Entwicklungsländern zu lesen war, reichen die verzeichneten Geburtenrückgänge in Mexiko, Pakistan oder Kenia beispielsweise nicht aus, um die Bevölkerungslawine aufzuhalten. (Im übrigen wächst Kenias Bevölkerung ungeachtet des festzustellenden Geburtenrückgangs immer noch so schnell, daß sie sich nach UNO-Schätzungen in 19 Jahren verdoppeln wird). Die Zuwachszahlen der Bevölkerung in einer Reihe von Ländern sind gewaltig. Ändert sich nichts, dann wird nach Berechnungen der Vereinten Nationen beispielsweise Indien in 34 Jahren zweimal so viele Einwohner haben wie heute (derzeit 914 Millionen). Die 1,2 Milliarden Chinesen werden sich in 60 Jahren verdoppelt haben. Insbesondere die Armutsregionen der Welt wie Schwarzafrika haben mit einem rasanten Anwachsen ihrer Bevölkerungen zu kämpfen.

#### Perspektiven des Wachstums

7. Überwiegend wird aber davon ausgegangen, daß sich die Weltbevölkerung in den nächsten 40 Jahren bei derzeitigen Bedingungen auf über 10 Milliarden Menschen verdoppeln wird. Bis zum Jahre 2020 werden 8 Milliarden Menschen erwartet. Dadurch wird deutlich:

- die Weltbevölkerung wird im 21. Jahrhundert nach heutigen Bedingungen auf eine problematische, den Frieden und die natürlichen Lebensgrundlagen weltweit gefährdende Größenordnung anwachsen,
- Bevölkerungswachstum hat globale Auswirkungen, ist aber von regionalen Unterschieden geprägt,
- Hauptursachen für hohes Bevölkerungswachstum sind Armut, wirtschaftliche und soziale Unterentwicklung sowie diese begünstigende politische Rahmenbedingungen.

### Integrierte Strategie

8. Um die Bevölkerungsbombe zu entschärfen, ist eine integrierte, d.h. eine in einen größeren Ursachen-, Wirkungs- und Maßnahmenzusammenhang gestellte, Armut und Unterentwicklung einbeziehende Bevölkerungspolitik gefordert. Sie bedarf sowohl einer globalen Ausrichtung als auch einer regionalen Anpassung. Sie muß international abgestimmt und koordiniert sein, erheblich mehr Mittel zur Verfügung stellen und bessere Programme und nachhaltige Maßnahmen fördern. Bevölkerungspolitische Maßnahmen im engen Sinne, wie etwa Familienplanung, müssen einerseits am Prinzip der Freiwilligkeit orientiert sein; andererseits darf eine unhellige Allianz von Papst und Teilen des Islam nicht länger eine über die natürliche Empfängnisverhütung hinausgehende Familienplanung blockieren. Insgesamt muß Bevölkerungspolitik Teil einer Gesamtstrategie zur Herstellung einer auf Dauer tragfähigen, wirtschaftlich produktiven, sozial gerechten, ökologisch verträglichen und menschenwürdigen Entwicklung sein.

### Bildung und Aufklärung, Frauen und Gesundheit

9. Im Rahmen einer nachhaltigen Bevölkerungspolitik spielen Bildungs- und Aufklärungsaspekte eine wichtige Rolle. Die Umwelt- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen in Rio 1992 hat dementsprechend in ihrer Agenda 21 eine "verstärkte Bewußtmachung der Wechselwirkung zwischen Bevölkerungsentwicklung und nachhaltiger Entwicklung" als ein wichtiges Instrument bei der Eindämmung des Bevölkerungswachstums bezeichnet.

10. Der Bildungs-, Ausbildungs und Aufklärungsgrad beeinflußt das Bevölkerungswachstum. Länder mit hohen Alphabetisierungsraten weisen in der Regel ein niedrigeres Bevölkerungswachstum als bildungsschwache Länder auf. Deshalb sind verstärkte Investitionen in Bildung- und Ausbildung in Entwicklungsländern sowie der Zugang zu Informationen und Methoden der Schwangerschaftsverhütung und Gesundheitsvorsorge wirkungsvolle Beiträge zur Geburtenverminderung. Insbesondere muß die Rolle der Frauen durch Ausweitung und Sicherung ihrer Rechte, durch besseren Zugang zu Bildung und Beschäftigung gestärkt werden.

### Verantwortung der Entwicklungs- und Industrieländer

11. Entwicklungsländer und Industrieländer müssen in ihrer Verantwortung für globale menschliche Sicherheit und nachhaltige Entwicklung eine gemeinsame tragfähige Strategie gegen zu hohes Bevölkerungswachstum entwickeln. Die Forderungen der Rio-Konferenz sollten dabei besondere Berücksichtigung finden. Der Kairoer Weltaktionsplan zur Bevölkerungspolitik sollte die in der Agenda 21 formulierten (eider sehr rudimentären) bevölkerungspolitischen Programmbereiche aufgreifen, weiterentwickeln und konkret ausfüllen. Dadurch kann am ehesten sichergestellt werden, daß sich die aus den Kairoer Beschlüssen ergebenden zukünftigen Maßnahmen der Bevölkerungspolitik in die umwelt- und entwicklungspolitische Gesamtdramaturgie der Agenda 21 einfügen. Diese Bereiche sind:

- Ermittlung und Transfer von Kenntnissen über die Zusammenhänge zwischen Bevölkerungswachstum und nachhaltiger Entwicklung;
- Formulierung integrierter nationaler umwelt- und entwicklungspolitischer Maßnahmen;
- Durchführung integrierter Umwelt- und Entwicklungsprogramme auf lokaler Ebene.

12. Insgesamt sollte die internationale Zusammenarbeit, insbesondere mit Entwicklungsländern, bei der Erforschung bevölkerungspolitisch wirksamer Maßnahmen und Technologien verstärkt werden.

### Entwicklungsländer

13. Die Entwicklungsländer müssen ihren eigenen Beitrag bei der Bekämpfung von zu hohem Bevölkerungswachstum leisten. Dazu sind Anstrengungen zur Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen notwendig, etwa die Einführung von sozialen Sicherungssystemen, aber auch freiwillige Einstellungsänderungen, z.B. die Akzeptanz gegenüber Familienplanungsprogrammen oder die Sicherung der Grundrechte von Frauen, erforderlich - möglicherweise überhaupt durch freiwillige Abkehr von entwicklungshemmenden tradierten Verhaltens-

mustern im Bereich der Familien, der Geschlechterrollen, des Zeugungsverhaltens. Darüberhinaus sollten Entwicklungsländer grundsätzlich ermutigt werden, wie auf der Vorbereitungstagung zur Weltbevölkerungskonferenz im April 1994 in New York noch einmal angeregt, 20 % ihrer Staatsausgaben für soziale Sektoren zu verwenden.

#### Bevölkerungspolitische Maßnahmen als Vergabekriterium

14. Länder, die sich auf der Basis der Menschenrechte verstärkt um die Dämpfung des Bevölkerungswachstums bemühen, sollten in der Entwicklungszusammenarbeit besonders berücksichtigt werden. Angesichts der Bedeutung des Problems sollte darüber nachgedacht werden, ob Länder, die sich nicht an Maßnahmen zur Bekämpfung des Bevölkerungswachstums beteiligen, auf Zeit von der Öffentlichen Entwicklungshilfe teilweise oder ganz ausgeschlossen werden können. (Helmut Schmidt hatte im übrigen 1992 auf einer Tagung des Interaction Councils, eines Forums von Wissenschaftlern und ehemaligen Regierungschefs und -mitgliedern, eine ähnliche Forderung ab 1995 erhoben.)

#### Industrielländer

15. Die Industrieländer sollten der Bevölkerungspolitik u.a. durch zur Verfügungstellung größerer finanzieller Ressourcen eine deutliche höhere Aufmerksamkeit schenken. Insgesamt ist es dringend erforderlich, den Anteil der Öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) für Maßnahmen der Bevölkerungspolitik, wie auf der letzten Vorbereitungskonferenz zur Weltbevölkerungskonferenz besonders von den Entwicklungsländern gefordert und von der Bundesregierung unterstützt, auf mindestens 4% anzuheben. Die Europäische Union muß in bezug auf die Höhe der Finanzmittel für Bevölkerungsmaßnahmen rasch zu konkreten finanziellen Zugeständnissen kommen. Es muß ein Ziel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sein, hier einen Konsens zwischen den Mitgliedsländern zu erwirken.

#### Deutsches Entwicklungsgeld

16. Die Bundesregierung hat 1993 160 Mio DM für direkte bevölkerungspolitische Maßnahmen ausgegeben. Dieser Anteil - noch nicht einmal 2% der Entwicklungshilfemittel - muß angesichts der Bedeutung des Bevölkerungsproblems deutlich aufgestockt werden. Es bleibt zu wünschen, daß sie ihre Ankündigung einer substantiellen Erhöhung der Mittel für Bevölkerungspolitik und Familienplanung ab 1995 wahr macht. Höhere Zuweisungen sollten vor allem dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen und den im Bevölkerungsbereich tätigen Nichtregierungsorganisationen zufließen. Darüberhinaus sollte sie auch im internationalen Bereich - insbesondere der Europäischen Union - darauf drängen, daß die Ausgaben für bevölkerungspolitische Maßnahmen wachsen.

#### Spiel der Weltkräfte

17. Bevölkerungspolitik muß Bestandteil einer umfassenden Entwicklungsstrategie sein. Ohne eine entwicklungsverträgliche Gestaltung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Rahmenbedingungen sind die Ziele (regionaler) Bevölkerungspolitik wohl kaum nachhaltig erfolgreich. Das Spiel der Weltkräfte braucht faire Konturen. Faire internationale Austauschbedingungen sind wichtig für wirtschaftliche und soziale Entwicklung. In der Fünftel-Gesellschaft der Welt stellen die Industrie- und Ölstaaten das reiche obere Fünftel, das 85% des Weltbruttosozialprodukts, der Weltersparnisse, des Anteils am Welthandel und an Inlandsinvestitionen für sich in Anspruch nimmt. Dem unteren Fünftel fällt von alledem nur etwa 1% zu. Ein entwicklungsverträglicher Umbau der Weltgesellschaft verlangt von den Industrieländern eine Umorientierung der Produktions- und Konsumgewohnheiten.

#### Bevölkerungspolitische Vorstellungen des Parlaments

18. In diesem Sinne hat der Deutsche Bundestag vier Jahre nach seinem Bevölkerungsantrag von 1990 am 29. Juni 1994 einen gemeinsamen Antrag zur "Weltbevölkerungskonferenz ICPD vom 05. bis 13. September 1994 in Kairo" einmütig verabschiedet. Darin wird die Erwartung ausgedrückt, daß sich die Bundesregierung in Kairo für die Verabschiedung eines Weltaktionsplans und eines Abschlußdokuments stark macht.

19. Der Deutsche Bundestag will eine deutliche Erhöhung der Mittel für bevölkerungspolitische Programme. Grundsätzlich sollen bevölkerungspolitische Maßnahmen Bestandteil sektorübergreifender, integrierter Entwicklungsstrategien sein.

20. Insgesamt ist eine Verbesserung der Koordination bevölkerungspolitischer Maßnahmen und Programme sowohl in der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit als auch zwischen staatlichen und privaten Trägern notwendig, insbesondere im UN-Bereich und bei der EU. Dabei ist eine zügige Fortführung der Reform und damit Steigerung der Effizienz des VN-Weltbevölkerungsfonds (UNFPA), dem im Hinblick auf die Koordination und Kohärenz der multilateralen Bevölkerungspolitik eine zentrale Rolle unerlässlich. Gefördert werden sollte auch die Vergabe von Aufträgen und Projekten an private Träger. Der Ausbau und die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungsorganisationen in Geber- und Empfängerländern ist eine wesentliche Voraussetzung für gezielte flächendeckende Familienplanungsprogramme.

21. Operative Schwerpunkte im bi- und multilateralen Bereich sollen bei der Unterstützung und Ergänzung der Eigenanstrengungen bei Familienplanungsmaßnahmen, der Intensivierung von bevölkerungsrelevanten Themen im Bildungsbereich, der Förderung von Grundbildungsprogrammen, insbesondere für Mädchen liegen. Männern und Jungen müssen in die familien- und bevölkerungspolitische Aufklärung miteinbezogen werden. Weiterhin ist eine verbesserte Hilfestellung der Partnerländer bei der Sicherstellung notwendiger Gesundheitsvorsorge und -nachsorge einschließlich Maßnahmen zur Verringerung der Kinder- und Müttersterblichkeit durch Sicherung ausgewogener Ernährung, Trinkwasserversorgung und besserer Wohnverhältnisse. Intensivere Unterstützung der Partnerländer soll es auch bei ihren Bemühungen, den Zugang zu anerkannten Methoden und Leistungen der Familienplanung und Empfängnisverhütung sicherzustellen, geben. Damit können risikoreiche unsachgemäß durchgeführte Abtreibungen verhindert werden. Grundsätzlich sollten Zwangsmaßnahmen zur Geburtenkontrolle abgelehnt werden. Die Entwicklung und der Aufbau von sozialen Sicherungs- und Altersversorgungssystemen zählen zu den notwendigen zu fördernden Rahmenbedingungen einer wirkungsvollen Bevölkerungspolitik.

22. Den Frauen muß im Rahmen von Bevölkerungspolitik besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, zur Verbesserung der rechtlichen und gesellschaftlichen Stellung der Frauen in den Partnerländern beizutragen sowie die Partnerregierungen zur Ratifizierung der existierenden Vereinbarungen zur Wahrung und Förderung von Frauenrechten zu ermutigen (vor allem zur Ratifikation der "Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung gegen Frauen", CEDAW). Insbesondere muß auch eine Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungsförderung von Frauen, ein verbesserter Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt sowie zu Krediten und zum Erwerb umweltfreundlicher Technologien Teil bevölkerungspolitischer Aktivitäten sein. Die Partnerregierungen sollten angehalten werden, physische und psychische Gewalt gegen Frauen strafrechtlich zu ahnden.

23. Es ist an der Bundesregierung, ihre besondere Verpflichtung gegenüber dem Parlament zu erkennen und die von allen Fraktionen des Deutschen Bundestags einmütig getragenen bevölkerungspolitischen Vorstellungen umzusetzen.

(-/24. August 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Ein Anfang - die Bewährung steht noch aus** **Die innere Demokratisierung Mexikos muß erst noch folgen**

Von Margitta Terborg MdB

Vorsitzende der deutsch-mexikanischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages

Die enttäuschte Opposition will es nicht wahrhaben - aber die Wahlen in Mexiko, die noch einmal die seit über 60 Jahren regierende PRI im Amt bestätigt haben, waren so demokratisch und fair verlaufen, wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Daß sie dennoch mit einem Erfolg der Partei der Institutionalisierten Revolution endeten, dürfte zu einem großen Teil daran gelegen haben, daß die Wählerinnen und Wähler einen grundlegenden Wechsel schauten. Und wohl auch daran, daß die linke Alternative, die PRD, ein Bild innerer Zerrissenheit bot und die rechte Konkurrenz, die PAN, eine grundlegend andere Politik auf wirtschaftlichem Gebiet nicht versprochen hatte. Also ließ man es beim PRI und bei Ernesto Zedillo, einem "Ziehsohn" des bisherigen Staatsoberhauptes Salinas, als neuem Präsidenten.

Zuerst das Positive: eine Wahlbeteiligung von 70 Prozent ist ein Indiz dafür, daß die mexikanische Bevölkerung erstmals seit langem wieder das Gefühl hatte, in einer Wahl etwas bewegen zu können. An die 80.000 inländische Wahlbeobachter signalisierten zudem, wie tief das Mißtrauen saß, daß wieder einmal ein Urnengang verfälscht werden könnte. Es zeigt aber auch, mit welcher Wachsamkeit die Bürgerinnen und Bürger mittlerweile das politische Geschehen im Lande verfolgen. Hinter dem Wahlstandard vom letzten Sonntag wird Mexiko nicht mehr zurückfallen, und wenn es da und dort Unsauberkeiten gegeben haben sollte, dann werden auch sie bei der nächsten Wahl nicht mehr möglich sein. Es ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Demokratie - und er wird zwangsläufig weitere Schritte nach sich ziehen. Schließlich: die Demokratisierung des öffentlichen Lebens wird auch vor der PRI nicht Halt machen. Eine Eigendynamik ist angestoßen, die die bislang allmächtige Staatspartei überrollen wird, wenn sie sich nicht grundlegend wandelt.

Der neue Präsident gilt bei den westlichen Handelspartnern Mexikos als berechenbarer und zuverlässiger Marktwirtschaftler und Technokrat. Insofern wird man sich in Washington und Ottawa, den beiden Zentren der amerikanischen Freihandelszone NAFTA, beruhigt zurücklehnen. Wenn das mal kein Denkfehler ist! Die fachlichen Kenntnisse des neuen Staatschefs sind ja unbestritten - aber in Harvard und anderen Kadenschmieden der Marktwirtschaft wird nicht gelehrt, wie man ein Volk, das durch die neue Wirtschaftsunion ja nicht nur Gutes zu gewärtigen hat, in die neue wirtschaftliche und technologische Zukunft führt, ohne daß der soziale Konsens auf der Strecke bleibt. Es sind ja nicht nur irrealer Ängste, sondern sehr handfeste Befürchtungen, die Mexikos Kleinlandwirte und die Klein- und Mittelindustrie des Landes mit der NAFTA verbinden. Zedillos Hauptaufgabe wird sein, mit sozial abgefederten Maßnahmen das Überleben seiner Wirtschaft im größeren Wirtschaftsraum zu erreichen. Darum wird ihn wohl niemand beneiden. Zuerst einmal wird er das mexikanische Fluchtkapital, das jeden wirtschaftlichen Erfolg behindert, wieder ins Land zurücklocken müssen.

Die zweite noch größere Zukunftsaufgabe liegt in der inneren Befriedung des Landes. Die Gefahr eines Bürgerkrieges ist noch lange nicht ausgestanden, der Konsens mit der aufbegehrenden indigenen Bevölkerung steht noch aus. Wenn Zedillo deren weithin rechtlosen Zustand auf Dauer beseitigen will, wird er nicht umhin können, sich mit den in der PRI fest verankerten Kaziken anzulegen, wird er den Clinch mit den Großagrariern nicht scheuen dürfen. Noch immer kommt die Gefahr des Bürgerkrieges in Mexiko von oben, die Privatarmeen der Latifundisten sind ein größerer Unsicherheitsfaktor als die Aufständischen von Chapas. Der besonnene Kurs, der mit den Verhandlungen von San Christobal eingeleitet wurde, muß unbedingt fortgesetzt und mit befriedigenden Ergebnissen zu Ende geführt werden.

Diese Wahlen waren also kein "Befreiungsschlag", haben es auch nie sein können. Die Probleme bestehen über den Wahltag hinaus und harren der Lösung. Mexiko hat die Voraussetzungen für den Sprung ins nächste Jahrtausend, wenn es gelingt, die auseinanderstrebenden Kräfte des Landes zu bündeln. Deshalb bleibt Mexiko auch ein wichtiger Partner der Bundesrepublik. Für uns als Parlamentarier stellt sich die Aufgabe, den Dialog mit dem neu gewählten Kongreß fortzusetzen und zu intensivieren. Nicht, weil wir etwa unseren mexikanischen Kolleginnen und Kollegen sagen müßten, was nun zu tun sei, das wissen die schon selber, sondern weil beide Seiten aus einem vertieften Dialog Nutzen ziehen könnten. Und wann das so ist, sollten wir uns auch darum bemühen.

\*\*\*\*\*

(-/24. August 1994/hgs/ks)